

Keine falsche Staatsnähe

Beitrag zur Debatte über die zukünftigen Ziele und Aufgaben der Deutschen Burschenschaft:

Um sich über die zukünftigen Aufgaben und Ziele der Deutschen Burschenschaft zu vergewissern, ist es hilfreich, eine Standortbestimmung anhand der geschichtlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte vorzunehmen. Das im dritten Wort unseres Wahlspruches verkörperte vaterländische Prinzip schien sich seit 1949 mit den staatspolitischen Zielen der Bundesrepublik Deutschland in Übereinstimmung zu befinden, soweit es die Wiedervereinigung gebot. Man konnte sich als Burschschafter damit als Teil der offiziellen Staatsdoktrin ansehen, man wollte, was der Staat und die ihn bestimmenden Kräfte auch wollten. Das führte zu einer Solidarisierung mit den herrschenden Kräften, zwar nicht im Detail, aber im Grundsatz. Man brauchte als Burschschafter keinen politischen Gegenentwurf zum Establishment zu entwickeln. Die große Richtung in Bezug auf Deutschland stimmte. Das wurde durch die sowjetische Bedrohung, die die verteidigungspolitische Orientierung vorgab, verstärkt. Von der Notwendigkeit eigener Ideenfindung war man deshalb weitgehend enthoben. So etwas führt fast zwangsläufig zu geistiger Bequemlichkeit und bisweilen sogar zur Lähmung. In der Konsequenz dessen lag auch, dass in den burschenschaftlichen Reihen kaum revolutionäres Potential aufgebaut wurde, was wiederum eine gewisse Absonderung in bezug auf die Lebenseinstellung von den Angehörigen der eigenen Generation mit sich brachte. Jugend ist immer auch Aufbegehren, bzw. Rebellion: Rebellion gegen die Eltern, Rebellion gegen deren tatsächliche oder vermeintliche Werte, Rebellion gegen die von ihnen konstruierte Gesellschaftsordnung. Verschärft wurde das durch die 68er Revolution, in deren Folge es zu einer regelrechten Frontstellung gegenüber einem Großteil der politisch interessierten und aktiven Altersgenossen kam. Natürlich gab es auch Bünde, die sich dem Zeitgeist hingaben und auf der Welle der Revolte mitschwammen. Das geschah aber dann meistens unter Vernachlässigung der nationalen Ideale. Denn die 68er hatten ihrerseits den revolutionären Anspruch, weil sie ihn antifaschistisch bekleideten, mit der vollständigen Aufgabe des nationalen Blickpunktes erkaufte, was allerdings theoriwidrig war: Wer für die Freiheit der Völker Lateinamerikas eintrat, konnte vor der Knechtschaft der Deutschen in der Zone nicht die Augen verschließen. Von Rudi Dutschke ist bekannt, dass er diesen Widerspruch erkannte. Aber die Studentenbewegung im allgemeinen blieb leider nationsfeindlich, was bis heute nachwirkt. Der Großteil der Burschschafter, der sich ihr verschloß, trat gleichsam nolens volens den Weg in die Reaktion an. Von der eigenen Seite wurde nun auch ein bewusster

Gegensatz zu den „Linken“ „Alternativen“ oder „Revoluzzern“ herausgestrichen, der sich dort am meisten Geltung verschaffte, wo es am leichtesten durchzuführen ist: in den Äußerlichkeiten des Verhaltens und der Kleidung. Man hielt sich etwas zu Gute, sich den „langhaarigen Bombenlegern“, wie ein gern benutzter Kampfbegriff lautete, überlegen zu fühlen, und zwar weil sie langhaarig waren und sich durch betont formales Auftreten zu definieren und abzugrenzen. Auch das wurde unmittelbar durch den Umstand herbeigeführt, dass eine politische Selbstdefinition nicht notwendig war; sie war ja, soweit es die Bundesrepublik betraf, durch die Übereinstimmung mit den Standpunkten von Grundgesetz und politischen Sonntagsreden vorgegeben. Übrig blieb dann weitgehend nur der gesellschaftspolitische Kodex. Satirische Ausmaße konnte diese Tendenz annehmen, wenn ein junger Fux einen Kommilitonen, mit dem er von der Vorlesung gut befreundet war, in dem Moment mit „Sie“ anreden mußte, in dem er ihn auf dem Pauktag als Burschen einer anderen Korporation wiedererkannte. Letztendlich gefiel sich ein zu großer Teil der Burschenschaft(er) in einem behaglichen aber kaum fruchtbringenden Zustand der Konterrevolution.

Doch der Gleichklang zum System existierte immer nur zum Schein. Wo in der DB das ehrliche Bemühen vorherrschte, Wege zur Überwindung der Teilung aufzuzeigen, wie es sowohl in den von Wolfgang Bluhm unter dem Titel „Für Einigkeit und Recht und Freiheit“ dokumentierten alljährlichen Berliner Arbeitstagen des Ausschusses für burschenschaftliche Arbeit, als auch in den ungezählten burschenschaftlichen Abenden der Einzelbünde sichtbar wurde, dominierten auf offizieller Seite die politischen Lippenbekenntnisse, und zwar soweit es die Kräfte des Establishments betraf, um so mehr, je weiter man innerhalb der politischen Gesäßgeographie nach rechts blickte. Dort thronte vom Anbeginn der Bonner Republik der neue Gott Europa über allem, dem man die Wiedervereinigung dienstbeflissen zu opfern bereit war, während man verbal stets sie hochzuhalten sich bemühte. In der Sozialdemokratie reichte es immerhin ab etwa Mitte der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts zu der Ehrlichkeit, sie als Lebenslüge der Bundesrepublik zu verunglimpfen.

Ausführungen, wie diejenigen Hans Merckels in Heft 3, S. 126ff. der BBl, in denen er beklagt, dass die staatliche Verfolgung, der sich Angehörige unseres Verbandes, wie beispielsweise Sascha Jung heute ausgerechnet durch Funktionäre der Christenunion ausgesetzt sehen, gewissermaßen von der falschen Seite ausgehe und damit verkenne, dass man eigentlich Verbündeter der Verfolgten sei, zeugen von einem grundlegenden Missverständnis, das die

Anliegen der Nation in den Händen des Konservativismus gut aufgehoben sieht. Den konservativen Kräften ging es nie um die Nation im Eigentlichen. Vielmehr hatten konservative Strömungen in allen Epochen einen gesellschaftsfixierten Hintergrund. Die sog. ständische Fronde gegen die preußischen Reformen unter Stein und Hardenberg fürchtete nichts mehr, als den Verlust der sozialen Privilegien der Junker. Die Reaktionszeit unter Metternich darf als Kulminationspunkt konservativer Restauration gelten. Die von den drei schwarzen Adlern, wie der russische Zar, der König von Preußen und der österreichische Kaiser sich selber gern bezeichneten, gebildete Heilige Allianz diente der Wahrung der althergebrachten monarchischen Gesellschaftsordnung, nicht dem Anspruch der Nation; im Gegenteil er sollte durch die Karlsbader Beschlüsse von 1819 gebrochen werden. Selbst Bismarck mußte die Deutsche Einigung noch *gegen* die Konservativen durchsetzen und nicht etwa an ihrer Seite. Der erste konservative Schlachtruf nach dem zweiten Weltkrieg, der sogar zum Titel eines Buches avancierte, das von Ludwig Erhard verkündete Prinzip des Wohlstandes für alle, galt dem Besitz, das heißt dem geronnenen Erwerb, nicht der nationalen Souveränität. Wo die Bewahrung von Hierarchien und Privilegien durch Kräfte der Nation möglich war oder sogar nahe lag, kam natürlich auch ein vorübergehendes Zweckbündnis zwischen Nation und Konservativismus in Betracht. Im deutschen Kaiserreich von 1871 war das der Fall. Geistesgeschichtlich war das aber eine nicht intendierte Ausnahme. Ein Missverständnis ist die These von der angeblich natürlichen Nähe nationaler Kräfte wie der Burschenschaft zu den Konservativen im Übrigen auch im Lichte des strategischen Aspekts. Wenn ein Mann wie Günter Beckstein Patrioten verfolgt, unterläuft ihm keineswegs ein Fehler: gerade unter dem kaltberechnenden Gesichtspunkt des politischen Tagesgeschäfts macht er alles richtig. Denn er kennt den Punkt, an dem die Konservativen den Nationalen nicht mehr folgen können (z.B. in der Europa- oder Nahostpolitik) genau und weiß, dass, wenn er sie gewähren ließe, sie alsbald politischen Einfluß in Gestalt eigener, auch parteialternativer Organisationen bekämen. Diese auch in Österreich gültige Feststellung ist aber nicht parteispezifisch: in den staatspolitischen Grundanschauungen der Gegenwart, wie z.B. Westbindung, Unterordnung gegenüber der EU und Amerika, dem Verhältnis zu Israel, der Beschneidung der Meinungsfreiheit, so sie für ein juristisch nicht erlaubtes Geschichtsbild eingefordert wird, usw. stimmen alle Parteien des politischen Systems überein.

So man sich dieser Erkenntnis anschließt, ist die Konsequenz und damit die Zielsetzung unseres Verbandes für heute und morgen vorgegeben. Es muß eine von Sentimentalitäten befreite Freund/Feindbestimmung vorgenommen werden. Sie wird zeigen, dass wir unseren

Ursprüngen heute näher sind, als jemals seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Burschenschaft muß wieder lernen, in Opposition zu treten, bzw. erkennen, dass sie immer in Opposition gestanden hat und diese Rolle annehmen. Der sogenannte Aufstand der Anständigen hat nur offenkundig werden lassen, was verdeckt immer Tatsache war: Die tragenden Elemente des heutigen Staates sind mit den Interessen der Nation eben nicht deckungsgleich, und zwar weder in der Bundesrepublik noch in Österreich. Wo sich daraus der Konflikt zwischen Staat und Nation ergibt, haben wir Burschenschafter auf der Seite der Nation zu stehen; und diesen Standpunkt können wir mit Stolz einnehmen. Freiheit und Demokratie sind, was Deutschland betrifft, burschenschaftliche Erfindungen, ebenso die nationale Souveränität, von der der Staat lange abgeschworen hat. Seine Fahne hat er von uns nur geliehen, dass er sie derzeit mit Würde trüge, ist nicht zu behaupten. Nichts, von dem was das burschenschaftliche Banner symbolisiert, findet sich in der Haltung der führenden Repräsentanten der Gegenwart wieder.

Falsche Staatsnähe ist deswegen fehl am Platze. Die Burschenschaft darf ihre Identität nicht aus Attributen wie „staatstragend“ oder „verfassungstreu“ schöpfen. Im Gegenteil: wir müssen uns gewahr werden, dass wir fast immer im Gegensatz zu den jeweiligen Machtsystemen standen: das war 1815 so, das war 1848 so, das war 1918 so, das war 1933 so und es ist 2007 auch wieder so, mehr noch: aus diesem Gegensatz sind wir gewachsen. Wir müssen uns deshalb endlich wieder trauen, „dagegen“ und unbequem zu sein und unser revolutionäres Potential zu wecken. Das politische System ist stets den Interessen der Nation unterzuordnen: Beckstein und seine Verwandten im Geiste sind keine Verbündete, die es nur noch nicht begriffen haben. Sie werden es niemals sein. Wenn diese Positionsbestimmung klar herausgearbeitet wird, ergibt sich alles andere von selbst, insbesondere, dass es Hauptaufgabe sein muß, die Wahrnehmungsfähigkeit solcher Zusammenhänge nie zu verlieren. In der burschenschaftlichen Ausbildung kann das geleistet werden. Sie hat dem jungen Bundesbruder Wege zu zeigen, die ihm verschlossen blieben, wenn er kein Burschenschafter wäre, z.B. durch Vorträge nonkonformer Referenten, durch Zugänglichmachung unbotmäßiger Literatur, durch Diskussion von Gegenständen, die in unserem angeblich freien Gemeinwesen durch die Vorgaben der politischen Korrektheit der Diskussion offiziell entzogen sind. Aber am Anfang steht die Standortbestimmung. Denn, wer das Ziel nicht kennt, kann auch den Weg nicht finden.